

TARIFJAHR 2018

Es geht um Geld und Zeit

Mit dem Tarifabschluss für die 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie hat das Tarifjahr 2018 Fahrt aufgenommen. Nach sechs regionalen Verhandlungsrunden konnte ein Pilotabschluss erzielt werden, der deutliche Lohnerhöhungen und mehr Spielraum bei der Arbeitszeit vorsieht.

Unter dem Strich zeigt der erste große Tarifabschluss des Jahres, dass die Beschäftigten von der guten wirtschaftlichen Lage profitieren. Darüber hinaus wird die Gestaltung der Arbeitszeit immer mehr zum dominierenden Thema der Tarifpolitik – angetrieben von der demografischen Entwicklung sowie von den Chancen und Risiken der digitalen Arbeitswelt.

Innovationen aus der Chemie

Damit ist eine Debatte in der Breite der Wirtschaft angekommen, die die Sozialpartner der chemischen Industrie seit Jahren führen. So haben IG BCE und BAVC bereits 2008 die stärkere Nutzung von Langzeitkonten auf die Agenda gesetzt und in ihrem Demografie-Tarifvertrag verankert. 2012 wurde der Vertrag um das Modul »Lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung« erweitert. Dieses Modul ermöglicht es Vollzeitbeschäftigten, ihre Arbeitszeit während bestimmter Lebensphasen auf 80 Prozent zu reduzieren.

Zuletzt haben die Chemie-Sozialpartner in Ostdeutschland das »Potsdamer Modell« entwickelt. Der 2017 vereinbarte Tarifvertrag ebnet den Weg zur Festlegung von Wochenarbeitszeiten auf betrieblicher Ebene. Auch individuelle Arbeitszeitvereinbarungen sieht das Modell vor. Es ist gut, dass solche Innovationen aus der Chemie nun weitere Nachahmer gefunden haben.

IG BCE und BAVC verhandeln ab Sommer

Die Chemie-Sozialpartner selbst verhandeln Mitte des Jahres über einen neuen Tarifabschluss. Aus Sicht der Arbeitgeber sind zwei Dinge entscheidend: Erstens brauchen wir weitere Schritte bei der Modernisierung der Arbeitszeit, die sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern als auch die Flexibilität für die Beschäftigten erhöhen. Zweitens müssen die Tarifparteien gemeinsam dafür sorgen, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung fortgesetzt werden kann. Was das in Zahlen bedeutet, werden die Verhandlungen zeigen.

» Wir brauchen weitere Schritte bei der Arbeitszeit, die sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern als auch die Flexibilität für die Beschäftigten erhöhen. «

BAVC-Hauptgeschäftsführer
Klaus-Peter Stiller

BRANCHE

Koalitionsvertrag:	
Zu viel Verteilung, zu wenig Ideen	2
BDA-Publikation: Fakten statt Zerrbilder des Sozialstaats	5
Stay tuned with BAVC	8

KONJUNKTUR

Aufschwung ohne Ende?	4
-----------------------	---

BILDUNG

Mehr Investitionen in digitale Bildung	6
Youtuberin wirbt für »Elementare Vielfalt (EIVi)«	7



KOALITIONSVERTRAG

Zu viel Verteilung, zu wenig Ideen

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD hat für die Unternehmen in erster Linie negative Konsequenzen: höhere Sozialabgaben und eine Einschränkung betrieblicher Flexibilität.

Kaum Anreize für Investitionen

Statt auf Entlastung von Abgaben und neue Ideen für Investitionsanreize setzt die GroKo erneut auf Umverteilung. Bei wichtigen Themen wie der Digitalisierung greift der Koalitionsvertrag zu kurz; bei den sozialpolitischen Vorhaben schießt er dagegen erneut übers Ziel hinaus. Mehrkosten in der Rentenpolitik, höhere Abgaben für Unternehmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, überflüssige Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten und Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – das alles sind Schritte in die falsche Richtung.

Dagegen ist das anvisierte Ziel, die Tarifbindung zu stärken, positiv zu bewerten. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob eine neue Bundesregierung den notwendigen Schwung tatsächlich aufbringt und nennenswerte Reformen verabschiedet. Aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber wird sich nur dann etwas bewegen, wenn gesetzliche Öffnungsklauseln ausschließlich von tarifgebundenen Unternehmen genutzt werden können. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Öffnung des Arbeitszeitgesetzes unter Tarifvorbehalt wäre hierfür ein erstes überzeugendes Beispiel.

Der Koalitionsvertrag ist eine wichtige Basis für die zukünftige Regierung. Wir setzen darauf, dass die Lücken hinsichtlich der Stärkung der wirtschaftlichen Basis unseres Landes in der Regierungsarbeit gefüllt werden. Darauf werden wir immer wieder hinweisen.

GroKo setzt Irrweg im Arbeitsrecht fort

Mit der geplanten Einführung des Rechtsanspruchs auf befristete Teilzeit soll eine SPD-Forderung aus der letzten Legislaturperiode umgesetzt werden. Was im Sommer 2017 aufgrund des großen Widerstands aus der Wirtschaft noch verhindert werden konnte, droht nun als eine der ersten Reformen auf den Weg

TOP-THEMA

Die ausführliche Bewertung des Koalitionsvertrags finden Sie auf der BAVC-Website unter www.bavc.de

ANSPRECHPARTNERIN



Silke Steltmann

Leiterin Hauptstadtbüro

silke.steltmann@bavc.de

gebracht zu werden. Indem Mitarbeiter einen Anspruch erhalten, ihre Arbeitszeit befristet zu verringern, kommt auf die Unternehmen ein nicht zu vertretender Organisations- und Planungsaufwand zu – bedenkt man, dass vorübergehend eine qualifizierte Vertretung sichergestellt sein muss. Zwar sind Unternehmen mit weniger als 200 Mitarbeitern ausgenommen; das hilft aber größeren Unternehmen wenig. Deren Planungssicherheit sinkt weiter.

Ebenso inakzeptabel ist das Vorhaben, die sachgrundlose Befristung massiv einzuschränken. Wenn künftig nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft überhaupt ohne sachlichen Grund befristet werden können und die maximale Dauer nur noch 18 statt 24 Monate beträgt, wird ohne Not eines der wenigen Flexibilitätsinstrumente für Unternehmen beschnitten. Dabei ist es gerade die öffentliche Hand, die zu viel befristet.

Sozialpolitik: Mehr Belastungen statt Ausgabenbegrenzung

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent begrüßen wir. Gleichwohl ist sie Augenwischerei, betrachtet man die im Koalitionsvertrag festgelegten Reformen in der Renten- und Gesundheitspolitik, welche mittel- und langfristig zu einer deutlichen Beschleunigung des ohnehin zu erwartenden Kostendrucks in den Kassen der Sozialversicherungen führen.

Insbesondere die geplante Fixierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Stand lehnen wir ab. Die Beiträge müssen dadurch schneller und stärker ansteigen, Arbeitskosten und Beitragszahler werden unnötig belastet. Die finanziellen Folgen der demografischen Entwicklung werden in den kommenden Jahren damit ausschließlich von den heutigen Beitragszahlern getragen. Der bisherige Konsens, dass sowohl Rentner wie auch Beitragszahler beteiligt werden, wird aufgegeben. Die Begrenzung der Beiträge auf 20 Prozent ist dabei zunächst positiv. Allerdings ist bisher nicht ersichtlich, wie im Falle einer auch nur leichten konjunkturellen Abschwächung die dafür notwendigen erheblichen Steuermittel aufgebracht werden.

Mit zusätzlichen Belastungen müssen die Arbeitgeber auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung rechnen. Nach den Plänen der GroKo sollen ab 2019 die Beiträge, einschließlich des Zusatzbeitrags, paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden. Die Arbeitskosten steigen dadurch um rund 5 Milliarden Euro. Dabei wird völlig ignoriert, dass die Arbeitgeber durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall seit Langem den größten Teil der Gesundheitskosten tragen. Zuletzt waren dies über 50 Milliarden Euro (2016). Notwendig wäre vielmehr eine Stärkung des Wettbewerbs und der Transparenz im Gesundheitswesen sowie mehr sozialverträgliche Eigenbeteiligung.

Europa vor der Renaissance?

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden soll. Die GroKo möchte dazu die soziale Marktwirtschaft stärken und spricht von ihrer »Renaissance, gerade in Zeiten der Digitalisierung«. Eines muss dabei aber national wie europäisch klar sein: Auch die soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Leistungsprinzip. Jede zusätzliche, durchaus gewünschte Umverteilung kann immer nur auf Basis des tatsächlich erwirtschafteten Wohlstands erfolgen.

AUTORIN: SILKE STELTMANN | FOTO: ISTOCK

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



» Groß ist die GroKo vor allem im Verteilen. Bei der Frage, wie wir Anreize für Investitionen schaffen, fehlen die Ideen. Höhere Sozialabgaben für Unternehmen, Einschränkungen der betrieblichen Flexibilität und fehlende Steuerentlastung – das ist nicht das richtige Rezept, um im internationalen Wettbewerb vorne zu bleiben. «

Aufschwung ohne Ende?

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem anhaltenden konjunkturellen Aufschwung. Dies hat die geschäftsführende Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2018 unter dem Titel »Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft« bekräftigt. Eine Frage, die die kaum jemand stellen will, die aber gestellt werden muss: Wie lange hält dieser Trend noch an?

Risiken für die deutsche Konjunktur

Mit diesem Wachstum wird die Wirtschaftsleistung bereits im neunten Jahr in Folge ansteigen. Die letzten vier (west-)deutschen Konjunkturzyklen vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 dauerten im Durchschnitt weniger als acht Jahre und kein einziger länger als elf Jahre. Auch wenn sich aktuell noch keine konkreten Anzeichen dafür ergeben, irgendwann wird auch der aktuelle Aufschwung abflauen und zu Ende gehen.

Und so sieht die Bundesregierung, bei allen berechtigten Hinweisen auf die gute Lage, durchaus auch einige Risiken für die weitere Entwicklung. Trotz der nominalen Steigerung von 2,2 auf 2,4 Prozent geht sie – arbeitstäglich bereinigt – für 2018 von einer nicht weiter steigenden wirtschaftlichen Wachstumsdynamik im Vergleich zu 2017 aus. Einer der Gründe im Jahreswirtschaftsbericht: Für Arbeitgeber wird es in vielen Branchen und Regionen immer schwieriger, die offenen Stellen in ihren Unternehmen erfolgreich zu besetzen. Das eigene Arbeitskräftepotenzial im Land ist zu einem hohen Grad ausgeschöpft; die wieder angesprungene Konjunktur in vielen anderen europäischen Ländern verlangsamt die Arbeitsmigration nach Deutschland. Dies erschwert zunehmend die Ausweitung der Produktion.

Weitere Risiken sieht der Bericht vor allem im globalen Umfeld, etwa in einer konjunkturellen Abschwächung in China, in Korrekturen der Finanzmärkte, in geopolitischen Vorkommnissen oder den Folgen des Brexit. Des Weiteren wird ein Aufflammen protektionistischer Handelshemmnisse nicht ausgeschlossen, die die deutsche Exportwirtschaft treffen könnten.

Auch der Weltwirtschaft droht ein Dämpfer

Ähnlich stimmungsdämpfende Hinweise gibt auch der im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlichte »World Economic Outlook« des Internationalen Währungsfonds (IMF). Schon in der Überschrift wird dort neben den positiven Aussichten auf die absehbaren Herausforderungen verwiesen. Gerade mittelfristig überwiegen für den IMF die Risiken gegenüber den Chancen für die Weltwirtschaft. Als mögliche Ursache nennt er hierfür unter anderem die hohen Bewertungen der globalen Aktienmärkte und die Zinsstrukturen, die eine Korrektur an den Finanzmärkten mit darauf folgendem Vertrauensverlust wahrscheinlich machen. Die aktuelle Geldpolitik verstärke dieses Risiko weiter. Daneben werden zunehmend protektionistische Politikideen sowie politische Spannungen und Unsicherheiten in einer Reihe von Ländern als Risiken betrachtet.

Trotz der positiven Lage und den guten kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten nehmen die mittelfristigen Risiken eher zu als ab – und irgendwann dürfte (leider) auch der aktuelle Aufschwung in Deutschland zu Ende gehen.

AUTOR: LUTZ MÜHL

MEHR INFOS

Die ausführlichen Berichte können Sie hier herunterladen:
Jahreswirtschaftsbericht des BMWi
www.bmwi.de

World Economic Outlook des IMF
www.imf.org

ANSPRECHPARTNER



Lutz Mühl | Geschäftsführer

Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

BDA-PUBLIKATION

Fakten statt Zerrbilder des Sozialstaats

Während des Bundestagswahlkampfes und auch als Begleitmusik zu den Sondierungen und Koalitionsverhandlungen war es immer wieder zu hören und zu lesen: Deutschland habe einen Nachholbedarf bei sozialer Gerechtigkeit. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat nachgerechnet und diesen Zerrbildern Fakten gegenübergestellt.

Arbeitgeber tragen größte Kostenlast

Der Umfang der deutschen Sozialleistungen steigt seit Jahren. 2017 ist er über die Marke von 1 Billion Euro geklettert. Die Sozialleistungsquote, der Anteil aller Sozialleistungen an der gesamten Wirtschaftsleistung, liegt inzwischen bei rund 30 Prozent – und damit klar oberhalb der Durchschnittswerte aller Industriestaaten (OECD) und der Europäischen Union. Für etwa ein Prozent der Weltbevölkerung, das in Deutschland lebt, zahlt unser Staat acht Prozent aller Welt-Sozialleistungen. Etwa jeder zwölfte Euro, der weltweit an Sozialleistungen gezahlt wird, fließt damit in Deutschland – und muss vorher von Steuer- und Beitragszahlern hierzulande aufgebracht werden.

Allein in der letzten Legislaturperiode hat das Gesamtvolumen der Sozialleistungen in Deutschland um über 17 Prozent zugelegt. Die Inhalte des zwischen CDU/CSU und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrages legen nahe, dass sich diese Entwicklung ungebremst fortsetzen wird.

Von den Sozialleistungen hierzulande wird der größte Anteil von den Arbeitgebern gezahlt. Über 34 Prozent der Gesamtausgaben speisen sich laut Bundesregierung aus dieser Quelle.

Großer Abstand zwischen Brutto und Netto

Eine der Ursachen für diese Verteilung der Finanzierung: Deutschland hat im internationalen Vergleich besonders hohe Sozialabgaben auf Löhne und Gehälter. Diese führen aber auch zu einem hohen sogenannten Abgabenkeil aus Sicht der Beschäftigten. Dessen Höhe – angegeben als Differenz zwischen Arbeitskosten und Nettolöhnen – betrug in Deutschland für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder zuletzt 49,4 Prozent (OECD-Durchschnitt 36 Prozent). Noch höher ist die sogenannte Grenzabgabenbelastung bei Löhnen und Gehältern. Sie beträgt beim genannten Personenkreis gut 60 Prozent. Das bedeutet: Von jedem zusätzlichen Euro, den ein Arbeitgeber für Beschäftigte in dieser Gruppe aufwendet, kommen bei diesem als Nettoverdienst weniger als 40 Cent an.

Die BDA hat eine Vielzahl weiterer Daten und Fakten zum deutschen Sozialstaat zusammengestellt. Darin wird auch aufgezeigt, dass ohne deutliche Reformschritte die Gesamtbelastung für Arbeitgeber und Beschäftigte aus den Beiträgen zu den gesetzlichen Sozialversicherungen bis 2040 auf über 48 Prozent ansteigen wird.

Außer ambitionslosen Lippenbekenntnissen enthält der jüngst vorgelegte Koalitionsvertrag keinerlei Maßnahmen, diesen Anstieg zu begrenzen. Im Gegenteil: Die vorhandenen Reserven im System werden durch kurzfristige Leistungsausweitungen innerhalb einer Legislaturperiode weitgehend verpulvert.

AUTOR: LUTZ MÜHL

➔ MEHR INFOS



Die BDA-Publikation können Sie hier herunterladen

www.arbeitgeber.de



POSITIONSPAPIER VON BAVC UND VCI

Mehr Investitionen in digitale Bildung

Digitale Bildung stärken, aber wichtige Basis- und Fachkompetenzen nicht vernachlässigen: Das neue Positionspapier »Digitale Bildung – Positionen und Forderungen der chemischen Industrie« von VCI und BAVC fasst Argumente und Positionen beider Organisationen auf dem Gebiet der digitalen Bildung zusammen.

Berufsschulen dürfen nicht den Anschluss verlieren

Für die berufliche Bildung macht der BAVC deutlich: Technologieoffen formulierte Ausbildungsordnungen ermöglichen es schon heute, digitale Kompetenzen in der dualen Ausbildung auszuprägen. Dies geschieht in immer mehr Betrieben und wird sich in Zukunft weiter verstärken. Berufsschulen dürfen als Partner der Ausbildungsbetriebe nicht den Anschluss verlieren. Deshalb fordern die Chemie-Arbeitgeber für Berufsschulen:

- mehr Investitionen in IT-Infrastruktur sowie digitale Lehr- und Lernkonzepte
- die Qualifizierung der Lehrkräfte mit Blick auf digitale Kompetenzen
- digitale Lerninhalte in die Lehrpläne aufzunehmen
- hauptamtliche IT-Beauftragte zur Wartung der IT-Systeme

Vom Digitalpakt einer neuen großen Koalition müssen die Berufsschulen gleichberechtigt profitieren.

Digitaler Wandel gelingt nur mit solidem Fundament

Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie ist und bleibt eine gute Grundversorgung. Neben einem zeitgemäßen Fachunterricht zählt hierzu eine moderne Gebäudeinfrastruktur, eine ausreichende Versorgung mit Lehrern sowie eine angemessene Lehr- und Lernmittelausstattung. Für das Lehramt an Berufsschulen muss bei Studieninteressierten mehr geworben und seine Rahmenbedingungen müssen attraktiver gestaltet werden. Auf all diesen Feldern ist die Politik gefordert, stärker als bisher aktiv zu werden.

AUTOR: CHRISTOPHER KNIELING | FOTO: FOTOLIA

LINKTIPP

Das Positionspapier finden Sie auf unserer Website unter Bildung > Ausbildung in der Chemie www.bavc.de

ANSPRECHPARTNER



Christopher Knieling

Bildung, Innovation, Nachwuchsmarketing

christopher.knieling@bavc.de



INFLUENCER-MARKETING

YouTuberin wirbt für »Elementare Vielfalt (EIVi)«

Um Jugendliche in ihrem bevorzugten Umfeld abzuholen und für die duale Ausbildung zu begeistern, muss auch die Ausbildungskampagne »Elementare Vielfalt (EIVi)« immer wieder neue Wege der Kommunikation beschreiten. Deshalb haben wir Ende 2017 ein Pilotprojekt gemeinsam mit einer YouTuberin gestartet.

Studieninteressierte für die duale Ausbildung gewinnen

In ihrem Kanal »The Secret Life of Scientists« informiert die junge Chemikerin Mai Thi Leidendecker über naturwissenschaftliche Themen und gibt Tipps fürs Studium. Dabei begeistert sie für die Chemie-Branche und steht authentisch für Frauen in MINT-Berufen. Durch die Kooperation mit EIVi wird ihr Informationsangebot um ausbildungsrelevante Themen erweitert. Dies bietet die Chance, eher studieninteressierte Schülerinnen und Schüler mit den Ausbildungsberufen unserer Branche in Kontakt zu bringen und ihnen eine Alternative aufzuzeigen.

Mai Thi Leidendecker steht als YouTuberin für das sogenannte »Micro-Influencing«. Hierbei geht es weniger um die Maximierung der Reichweite bzw. Zahl der Videoaufrufe, sondern um die inhaltliche Auseinandersetzung mit einem Thema sowie die Interaktion mit der Zielgruppe.

Gute Resonanz

Im Rahmen des Pilotprojekts hat Mai das Berufsorientierungsspiel »EIVi's Ausbildungsfinder« getestet und zum Mitmachen aufgerufen. In zwei Vermarktungswellen konnten bisher durchweg positive Ergebnisse erzielt werden. Das Video wurde zunächst auf ihren Kanälen (YouTube, Facebook, Instagram) und später auf der EIVi-Facebookseite und bei Instagram platziert. Insgesamt konnten über den Zeitraum von zwei Monaten fast 330.000 Videoaufrufe, mehr als 1.000 Likes und fast 400 Kommentare in verschiedenen Kanälen generiert werden.

AUTORIN: LISA BARTON | **GRAFIK:** WERBEAGENTUR BUNG.ART



EIVi

»Elementare Vielfalt (EIVi)« ist die Ausbildungskampagne der Chemie-Arbeitgeberverbände. Nutzen Sie das Video zum Ausbildungsfinder gerne für das eigene Ausbildungsmarketing.

www.elementare-vielfalt.de

ANSPRECHPARTNERIN



Lisa Barton

Bildung, Innovation, Nachwuchsmarketing

lisa.barton@bavc.de

IN EIGENER SACHE

Stay tuned with BAVC

Die tägliche Flut an Informationen zu bewältigen, stellt im digitalen Zeitalter eine große Herausforderung dar. Die Vielzahl von Angeboten zu filtern und die unterschiedlichen Kommunikationskanäle dabei im Blick zu behalten, ist für das Arbeiten 4.0 unerlässlich geworden.

Je nach Präferenz werden daher verschiedene Plattformen genutzt. Diesen Gewohnheiten und Wünschen Rechnung tragend bietet der BAVC seine Botschaften auf unterschiedlichen Kanälen an, sodass jeder das für sich bevorzugte Informationsangebot individuell auswählen kann.

➔ IHRE MEINUNG

Anregungen und Wünsche zu diesen Informationsangeboten können Sie uns gerne per E-Mail zukommen lassen.

presse@bavc.de

Unsere Informationskanäle auf einen Blick



Twitter: Auf dem Kurznachrichtendienst informieren wir unsere Follower kurz und bündig.
twitter.com/BAVChemie



LinkedIn: Bevorzugt werden auf dem Berufsnetzwerk HR-Themen behandelt.
linkedin.com/company/bavc



BAVC-Newsletter: Die wichtigsten Informationen und Standpunkte der Chemie-Arbeitgeber in tarif- und sozialpolitischen Fragen regelmäßig per E-Mail.
Anmeldung unter bavc.de



E-Paper: Die zentrale Verbandspublikation, der BAVC-Impuls, kann auf unserer Website auch als E-Paper bezogen werden. Hier können Artikel durchsucht, gespeichert, ausgedruckt und in sozialen Netzwerken geteilt werden.
bavc.de



App „BAVC-Impuls“: Der BAVC-Impuls ist auch als App für mobile Endgeräte mit Apple- oder Android-Betriebssystem verfügbar.
play.google.com (Android)
itunes.apple.com (Apple)



App „Die Chemie-Arbeitgeber“: Die App fürs Smartphone liefert Führungskräften exklusiv aktuelle Sprachregelungen und Botschaften der Chemie-Arbeitgeber.
play.google.com (Android)
itunes.apple.com (Apple)

AUTOR: MARKUS HESSE

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC) | Abraham-Lincoln-Straße 24 | 65189 Wiesbaden
Internet: www.bavc.de | Kontakt: info@bavc.de | [www.twitter.com/BAVChemie](https://twitter.com/BAVChemie). Verantwortlich: Klaus-Peter Stiller.
Redaktion: Sebastian Kautzky, Christopher Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.
Piktogramme in dieser Ausgabe: sdecort / Stock.Adobe.com, phillipes / Stock.Adobe.com